

MENA direkt

Islamismus in Bewegung

Schriftenreihe des Fachgebiets Politik
am Centrum für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS)

Die Muslimbruderschaft ein Jahr nach der Amtsenthebung Präsident Mursis:
Positionen und Strategien (Stand: Juni 2014)

Ivesa Lübben

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Die Nationale Koalition für die Unterstützung der Legitimität und gegen den Militärputsch (NKULM) und die Legitimitätsdebatte	2
2.1. Die Position der Muslimbruderschaft und der NKLUM zu den Präsidentschaftswahlen	2
2.2. Die NKULM nach den Präsidentschaftswahlen	3
3. Die Brüsseler 10-Punkte Erklärung: Ersatz oder Erweiterung der Anti-Putsch-Koalition?	5
4. Die <i>Erklärung von Kairo</i> vom 24. Mai 2014 als Ergänzung zur <i>Brüsseler Erklärung</i>	7
4.1. Der Ehrenkodex der Kairoer Erklärung	8
5. Die Muslimbrüder und die Gewaltdebatte	9
5.1. Das Positionspapier von Mahmoud Hussein zur Gewaltdebatte	9
5.2. Radikalisierungen an der Basis	10
5.3. Gewaltlosigkeit als revolutionäre Strategie	10
6. Klarstellungen der Muslimbrüder zu ihrem Staatsverständnis	12
7. Fazit	13
Exkurs: Die theoretische Basis der Widerstandsstrategie – die Formierung eines revolutionären „Historischen Blockes“	15

1. Einleitung

Die ägyptische Muslimbruderschaft steht seit der Amtsabsetzung Präsident Mursis am 3. Juli 2013 vor der größten Herausforderung in ihrer mehr als 80-jährigen Geschichte. Das neue ägyptische Regime ist entschlossen, die Organisation von der politischen Landkarte des Landes zu tilgen. Die Muslimbrüder und ihre Ableger wurden verboten und zur terroristischen Organisation erklärt. Große Teile der Führungsriege und die meisten lokalen Kader sitzen im Gefängnis, agieren im Untergrund oder sind im Exil. Die Kommunikation mit Mitgliedern und Sympathisanten über eine gemeinsame Strategie ist dadurch erschwert. Die Möglichkeit alternative Strukturen zu entwickeln, die potentielle Unterstützer oder Sympathisanten der Bewegung davon überzeugen können, dass die Opposition ein mögliches Machtvakuum im Fall eines Rückzuges des Militärs füllen kann, ist ebenfalls nicht mehr gegeben.^a

Mit den Präsidentschaftswahlen vom Juni 2014 wollte Abdel-Fattah al-Sisi das Land stabilisieren und den Putsch posthum legitimieren. Tatsächlich haben die Wahlen das Land nicht nur in zwei Blöcke zerrissen, sondern zwei parallele einander ausschließende Legitimitäten konstituiert. Weder die Wahl al-Sisis noch die Road-Map des Militärs zu einer neuen Verfassung werden von der Muslimbruderschaft und ihren Verbündeten anerkannt. Demonstrationen gegen den Putsch und für die ‚Wiederherstellung der Legitimität‘ – gemeint ist die Wiedereinsetzung Mohammed Mursis – gehen ungebrochen weiter.

Während die Muslimbruderschaft und ihre Verbündeten versuchen den Druck auf das Sisi-Regime durch Mobilisierung ihrer Anhänger und Verbündeter aufrecht zu erhalten, ist es ihnen jedoch nicht gelungen, die durch das Militär geschaffenen neuen Realitäten rückgängig zu machen. Dem stehen vor allem die Differenzen zwischen säkularer und islamistischer Opposition über Rolle Präsident Mursis entgegen. Und auch innerhalb der von der Muslimbruderschaft geführten Anti-Putsch-Bewegung zeigen sich Meinungsverschiedenheiten über die adäquate Strategie des Widerstandes.

Im folgenden Beitrag sollen die Bündnis- und Widerstandsstrategien der Muslimbruderschaft im ersten Jahr nach der Amtsabsetzung Präsident Mursis – besonders in Hinblick auf die Gewaltdebatte – sowie ihre Position zu den Präsidentschaftswahlen dokumentiert wird. Dem Papier ist als Exkurs die Zusammenfassung eines Strategiepapiers des stellvertretenden Vorsitzenden der von der Muslimbruderschaft gegründeten *Freedom and Justice Party*, Rafiq Habib, beigelegt, in dem er eine Widerstandsstrategie der islamistischen Bewegung entwickelt.

^a Bis zum Militärputsch 2013 verfügte die Muslimbruderschaft über ein breites Netz von Sozial- und Bildungseinrichtungen, die oft bessere Dienstleistungen als staatliche Ämter zur Verfügung stellten.

2. Die Nationale Koalition für die Unterstützung der Legitimität und gegen den Militärputsch (NKULM) und die Legitimitätsdebatte

Als Reaktion auf die Tamarud-Kampagne^b, die Millionen von Unterschriften für eine Petition, die den Rücktritt Präsident Muhammed Mursis nur ein Jahr nach dessen Wahl forderte, gründete sich auf Initiative der Muslimbruderschaft im Juni 2013 die *Koalition für die Unterstützung der Legitimität*. Nach der Absetzung Mursis durch das Militär am 3. Juli 2013 nannte sie sich in *Koalition für die Unterstützung der Legitimität und gegen den Militärputsch* [im Folgenden: NKULM, arab.: *tahaluf li-da`m al-shar`iyya wa rafd al-inqilab*] um. Der NKULM gehören neben der Muslimbruderschaft und ihrem politischen Arm, der *Freedom and Justice Party* (FJP), weitere Parteien mit überwiegend islamischer Referenz an. Darunter befinden sich mehrere salafistische Parteien, die liberal-islamische *Hizb al-Wasat* (Zentrumspartei), die *Gama`at al-Islamiya* (Islamische Gruppe) und die von ihr gegründete *Hizb al-Bina wal-Tanmiyya* (Partei des Aufbaus und der Entwicklung), der islamische *Jihad* und die von ihm gegründete *Hizb al-Islami* (Islamische Partei), die *Vereinigung der Stämme Marsa Matruhs und des Sinai* sowie mehrere NGOs und unabhängige Gewerkschaften aus dem Umfeld der Muslimbrüder. Hinzu kommen Basisnetzwerke, die sich im Kontext der Anti-Putsch-Bewegung gebildet haben. Seit der Gründung der NKULM verzichtet die Muslimbruderschaft auf eigene Erklärungen zugunsten der offiziellen Stellungnahmen der Koalition.^c Diese spiegeln somit auch die Position der Muslimbrüder wider.

Der Begriff der „Legitimität“ [*shar`ia*^d] ist ein Schlüsselbegriff der muslimbrüdernahen Anti-Putsch-Kampagne. Durch den Putsch sei nicht nur der demokratisch gewählte Präsident abgesetzt, sondern der gesamte demokratische Prozess, der mit der Revolution des 25. Januar 2011 begonnen hatte, unterbrochen worden. Die Wiederherstellung der Legitimität in Form einer Wiedereinsetzung Mursis ist somit aus der Perspektive der Muslimbrüder und der NKULM im Kontext der Fortsetzung des revolutionären Prozesses zu verstehen. Weitere Forderungen der Koalition sind die Rückkehr zur Verfassung von 2012 sowie die Wiedereinsetzung des Senats, der nach dem Putsch ebenfalls vom Militär aufgelöst wurde. Die NKULM lehnt die Road-Map des Militärs und damit auch die neue Verfassung, die Präsidentschaftswahlen und die angekündigte Parlamentswahlen ab, da diese auf einem illegitimen, verfassungswidrigen Akt – nämlich einem Putsch – aufbauten und damit selbst als verfassungswidrig betrachtet werden.

2.1. Die Position der Muslimbruderschaft und der NKULM zu den Präsidentschaftswahlen

Die NKULM erkennt die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 26.-28. Mai 2014, bei denen der Initiator des Putsches vom 3. Juli 2013, Feldmarschall Abdel-Fattah al-Sisi, zum neuen ägyptischen Präsidenten gewählt wurde, nicht an. Mit diesen Wahlen hätte sich das Regime selber de-legitimiert, heißt es in einem Kommentar zum Wahlausgang.¹ In einer ausführlichen, auch über verschiedenen Websites der Muslimbrüder verbreiteten Erklärung vom 27. April 2014 hatte die NKULM zum Boykott der Wahlen aufgerufen und stattdessen die Rückkehr zum demokratischen Prozess gefordert, der mit der „Entführung Mursis“ und der Außerkraftsetzung der Verfassung unterbrochen worden sei. Mursis Amtsperiode sei noch nicht abgelaufen und folglich sei das

^b *Tamarud* [Rebellion] sammelte von April bis Juni 2013 nach eigenen Angaben 22 Mio. Unterschriften unter eine Petition, die die Absetzung Mursis forderte. Viele bezweifeln die Angaben, die nie von einer unabhängigen Kommission überprüft wurden. Manche *Tamarud*-Unterstützer gaben an, bis zu zwanzig Mal die Erklärung unterzeichnet zu haben.

^c Ausnahmen sind die weiter unten erwähnten Stellungnahmen zur Gewaltlosigkeit und zum Staatsverständnis.

^d Das Wort *shar`ia* für Legitimität ist nicht zu verwechseln mit Scharia [*shari`a*].

Präsidentenamt nicht unbesetzt gewesen und daher Neuwahlen obsolet. Das Klima der Unterdrückung – die vielen Toten und Verhaftungen – würde demokratische Wahlen zudem unmöglich machen. Durch den Putsch seien die Errungenschaften der Revolution zurückgenommen worden. Feldmarschall al-Sisi wird als zweiter Mubarak in neuen Kleidern beschrieben.

Auch die Wahlbeobachtung durch die EU und andere internationale Organisationen wird in scharfen Worten kritisiert. Durch die Zulassung von Wahlbeobachtern wollten die Putschisten ihrer inszenierten „Possenkomödie“ internationale Legitimität verleihen, heißt es in der Erklärung. Die NKULM wirft westlichen Politikern vor, verbal den demokratischen Prozess zu unterstützen, ihn aber zugleich durch ihr Handeln zu behindern.

Die NKULM und ihre Mitgliedsorganisationen zweifeln die offiziellen Wahlergebnisse an. Die von der Muslimbruderschaft gegründete *Freedom und Justice Party* (FJP) berichtete unter Berufung auf die Menschenrechtsorganisation *ELMARSAD ELARABY for rights and freedom*, dass die Wahlbeteiligung bei nur 11,92% gelegen hätte.² Die höheren amtlichen Zahlen seien gefälscht, heißt es in einem Kommentar der Partei zur Wahl.³ Mit ihrem Wahlboykott hätten die Ägypter die Road-Map des Militärregimes zu Fall gebracht. Sie hätten der Welt gezeigt, dass sie an der ‚Legitimität‘ [*shar’ia*, hier i.S.v. Volkssouveränität] festhalten würden. Das Volk sei die Quelle jeder Legitimität und würde diese nur an diejenigen delegieren, denen es Vertrauen schenkt. Das Volk werde so lange Widerstand gegen den Putsch leisten, bis dieser mit friedlichen, kreativen Mitteln zu Fall gebracht sei.⁴

2.2. Die NKULM nach den Präsidentschaftswahlen

Ägypten befindet sich nach den Präsidentschaftswahlen in einem politischen Patt. Zwar ist es der Muslimbruderschaft und der NKULM gelungen, die Mobilisierung von Straßenprotesten seit nun schon einem Jahr aufrechtzuerhalten. Die Proteste konzentrieren sich nicht nur auf die urbanen Zentren, sondern haben inzwischen auch Kleinstädte und dörflichen Regionen im Delta, Oberägypten sowie die Stammesregionen erfasst. Neue soziale Gruppen vor allem unter der Jugend haben sich der Protestbewegung angeschlossen. Trotzdem haben die Proteste keinen Regimewechsel generieren können. Andererseits kann auch Präsident al-Sisi die Umsetzung seines Wahlprogramms nur in Angriff nehmen, wenn die Stabilität in Ägypten wieder hergestellt ist. Ob ihm das gelingen wird, ist jedoch fraglich. Bei dem Versuch seine Herrschaft zu konsolidieren hat er bislang ausschließlich auf Repression gesetzt. Es gibt in Ägypten heute über 40.000 politische Gefangene; Folter ist an der Tagesordnung; Todesurteile werden am Fließband gefällt; tausende von Ägyptern wurden erschossen und Zehntausende wurden verletzt, ohne dass es dem Regime gelang, die Proteste einzudämmen.

Die ägyptische Gesellschaft ist in zwei unversöhnliche Lager gespalten, wobei die Gräben durch alle gesellschaftlichen Organisationen bis in die Familien reichen. Die Frage, wie dieses Patt zu durchbrechen ist, hat in Hinblick auf die Parlamentswahlen, die nach bisherigen Verlautbarungen der von al-Sisi eingesetzten Regierung am 17. Juli 2014 stattfinden sollen, zu Strategiedebatten innerhalb der NKULM geführt. Die NKULM hat offiziell zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen, die ja Teil der Road-Map des Militärrates sind, die man als Gesamtpaket ablehnt. Stattdessen setzt man mittelfristig auf die Erweiterung und Institutionalisierung der Oppositionsbewegung sowie die Eskalierung der Kampfform hin zum zivilen Ungehorsam. Schon jetzt fordert die NKULM den Boykott von Firmen, die den Putsch unterstützten – allerdings bislang mit wenig Erfolg.⁵

Aber der Boykott der Parlamentswahlen ist anders als der Boykott der Präsidentialwahlen unter den Mitgliedern der NKLUM umstritten. Einige Vertreter kleinerer Parteien innerhalb des Bündnisses haben selbstkritisch zugegeben, dass die Protestbewegung ein Jahr nach dem Putsch ihre anfängliche Dynamik eingebüßt hätte. Sie suchen nach alternativen Strategien auch außerhalb des Rahmens der NKULM. Am 23. Juni 2014 veröffentlichte das Führungsmitglied der *Gama'a al-Islamiyya*, Abud al-Zumur, einen Artikel unter dem Titel „*Ein Gefangener führt nicht, ein Verletzter bestimmt nicht*“.⁶ Mursi sei ein Kriegsgefangener und könne nach islamischer Rechtsauffassung als solcher seinen präsidentialen Pflichten nicht nachkommen. Deswegen dürfe er sich nicht in politische Angelegenheiten des Staates einmischen. Ohne al-Sisi explizit zu erwähnen, schreibt al-Zumur, dass während der Abwesenheit des legitim gewählten Präsidenten – also Mursi – dessen Vollmachten an denjenigen übertragen werden müssten, der dieses Vakuum ausfüllt. Al-Zumur kritisiert die Aufrufe der Muslimbrüder und der NKULM zum Boykott der Parlamentswahlen. Dadurch würde es den falschen Leuten ermöglicht, in den nächsten fünf Jahren Gesetze nach ihren Gutdünken zu verabschieden, auch wenn diese im Widerspruch zu Scharia-Vorschriften stehen. Auch andere kleinere salafistische Parteien wie die *Hizb al-Watan* (Heimat-Partei) erwägen, weniger bekannte Persönlichkeiten als Einzelkandidaten bei den Wahlen aufzustellen, um Einfluss auf das zukünftige Parlament nehmen zu können.

In dem erwähnten Artikel warnt al-Zumur vor der andauernden Instabilität im Lande und fordert ein Ende des Blutvergießens. In Anlehnung an islamisches Strafrecht schlägt er vor, das Blut der Märtyrer der Revolution durch vom Staat zu zahlendes Blutgeld [*daya*] zu vergelten. Ähnlich hat auch der Scheich der Azhar-Universität, Ahmed Tayyeb, vorgeschlagen, als ersten Schritt zu einer nationalen Versöhnung die Familien der Opfer der Massaker infolge des Putsches mit Blutgeld zu entschädigen. Ein Fonds, der zu diesem Zweck eingerichtet werden solle, könnte durch die Golfländer – allen voran Saudi-Arabien, Kuwait und die Arabischen Emirate – finanziert werden. Die Muslimbrüder lehnen dies ab. Der Koran sehe Blutgeld nur im Fall einer versehentlichen Tötung vor, nicht aber als Entschädigung von Mord. Bei den Massakern auf dem Rabi'a al-Adawiya und Nahda-Platz habe es sich aber um vorsätzlichen, politischen Mord gehandelt, der juristisch geahndet werden müsse.

Während Mitglieder der *Gama'at al-Islamiyya* und der vom *Jihad* gegründeten *Islamischen Partei* zum Ausgleich mit dem neuen Regime aufrufen und der Muslimbruderschaft vorwerfen in der Konfrontation mit dem Staat die Jugend des Landes zu opfern,⁷ gibt es auf der anderen Seite des Spektrums auch Stimmen innerhalb der NKULM, die eine radikalere Widerstandsstrategie fordern, da ihrer Meinung nach die NKULM an revolutionärer Dynamik verloren hätte. So hat Mahmud Fathi, der unter der Jugend beliebte Vorsitzende der *Hizb al-Fadila* (Tugend-Partei), auf seiner Face-Book-Seite ein strategisches Grundsatzpapier unter dem Titel „*Die heisse Revolution*“ veröffentlicht. Darin fordert er parallel zu den Massendemonstrationen die gezielte Behinderung der Funktionsfähigkeit der Repressionsapparate *des Deep-State*, die den Putsch vom 3. Juli 2013 getragen haben. Dazu zählt er die Polizei, die Armee, informelle Schlägertrupps [*baltagiyya*], aber auch regime-nahe Geschäftsleute und Richter. Mittel seien Straßensperren aus Nägeln, Farbe mit denen man Autofenster verklebt, aber auch Molotowcocktail. Er fordert die Jugend auf, subversive Untergrundzellen zu bilden. Fathi schlägt vor, die Führung der Revolution zu teilen in *erstens* eine „Führung der Organisation“, die die Aktionen der Untergrundbewegung koordiniert, und *zweitens* eine „symbolische Führung“ als äußeres Gesicht der Revolution, die aber keinerlei Verbindung zu den Untergrundnetzwerken hat. Letzteres ist die Rolle, die er wohl der NKULM einräumen will, ohne dass er das explizit ausspricht.⁸

3. Die Brüsseler 10-Punkte Erklärung: Ersatz oder Erweiterung der Anti-Putsch-Koalition?

Nicht allein die ägyptische Gesellschaft ist zwischen Anhängern des Militärregime und seinen Gegnern gespalten, auch in der Opposition gibt es Risse zwischen islamistischen Anhängern des abgesetzten Präsidenten Mursis und säkularistischen jugendlichen Revolutionsbewegungen, von denen die meisten die Unterschriftenkampagne der *tamarud*-Bewegung gegen Mursi unterstützt hatten, die aber die neue Macht des Militärs ablehnen. Zentraler Streitpunkt, der die Annäherung zwischen islamistischen und säkularen anti-militaristischen Oppositionskräften wie der *Bewegung des 6. April* bislang verhindert hat, ist die Forderung der Muslimbrüder nach Wiedereinsetzung Muhammed Mursis ins Präsidialamt. Die Muslimbrüder und ihre Verbündeten sehen darin den ersten Schritt zur Wiederherstellung der Legitimität. Die säkulare Opposition lehnt dies ab.

Einen ersten Versuch, das politische Spektrum der Anti-Putsch-Bewegung zu erweitern, stellt die Brüsseler Erklärung dar. Unter dem Namen „Die 10 Prinzipien des nationalen ägyptischen Revolutionsrates“^e wurde sie am 7. Mai 2014 in Brüssel von Persönlichkeiten des islamistischen und des liberalen Spektrums vorgestellt. Zu den Initiatoren gehören neben dem Muslimbruder und ehemaligen Investitionsminister, Yehya Hamid, und Ex-Minister für Rechtsangelegenheiten und stellvertretenden Vorsitzenden der liberal-islamischen Wasat-Partei, Muhammed Mahzoub, bekannte liberale Persönlichkeiten wie der Vorsitzende der Ghad-Partei, Aiman Nur, das ehemalige Vorstandsmitglied der Democratic Front Party, Tharwat Nafaa, und die Koordinatorin der Anti-Coup-Bewegung in Großbritannien und Chatham-House-Mitarbeiterin Maha Azzam. Auch wenn Kader der Muslimbruderschaft im Hintergrund eine wichtige Rolle beim Zustandekommen der Plattform gespielt haben, haben sie Vertretern anderer Strömung die Führung des Bündnisses überlassen, um potentielle Unterstützer nicht abzuschrecken.

Die 10-Punkte-Erklärung besteht aus einem Katalog gemeinsamer Forderungen, Werte und Prinzipien sowie von Aufgaben, vor denen sich Opposition sieht:

1. Konsensorientierte, „partizipative Demokratie“ [*dimuqratiya tasharukiyya*]^f unter Einschluss aller politischer Kräfte mit dem Ziel, die Folgen des Putsches zu beseitigen und die Revolution auf der Basis der ursprünglichen Forderungen vom 25. Januar 2011 fortzuführen.
2. Die Forderung nach Entpolitisierung der Armee.
3. Die Einleitung eines Prozesses der „transitional justice“ zur juristischen Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen, die eine Strategie der nationalen Versöhnung und die Rehabilitierung der Märtyrer, Invaliden und politischen Gefangenen impliziert .
4. Eine umfassende Entwicklungsplanung zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit.
5. Eine Strategie des Empowerment von Frauen und Jugendlichen, um ihrer Avantgarde-Rolle in der Revolution gerecht zu werden.
6. Die Wiederherstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse, von Menschenrechte und bürgerlicher Freiheiten.
7. Eine umfassende Reform der Staatsinstitutionen .
8. Die Wiederherstellung einer lebendigen Zivilgesellschaft, die unabhängig von Einmischungsversuchen durch exekutive Instanzen eine führende Rolle bei der Entwicklung des Landes spielen soll.

^e Wörtlich *al-majlis al-thauri*[Revolutionärer Rat]. Der Begriff ‚revolutionärer Rat‘ impliziert keinen absoluten Führungsanspruch der Oppositionsbewegung.

^f In der Erklärung ist die Rede von „*dimuqratiyya tasharukiyya*“ [partizipativer Demokratie], an der alle Gruppen unabhängig von Mitgliederzahl und ihrem realen Mobilisierungspotential gleichberechtigt beteiligt sein sollen.

9. Die Garantie der persönlichen Sicherheit, Korruptionsbekämpfung und die Rückführung der nationalen Reichtümer in öffentliches Eigentum .
10. Außenpolitische Beziehungen auf Grundlage des gegenseitigen Respekts, der Nichteinmischung und von gemeinsamen Interessen. Wahrung der Unabhängigkeit Ägyptens und die Wiederbelebung seiner internationalen und regionalen Rolle.⁹

Auch wenn der Begriff ‚Revolutionsrat‘ überzogen sein mag und die Programmpunkte noch vage sind, so repräsentiert die Brüsseler Erklärung einen ersten Schritt in einer vorsichtigen Annäherung des islamistischen und liberalen Lagers auch wenn die säkularen Führungspersönlichkeiten keine säkularen Basisbewegungen repräsentieren, welche ohnehin in Ägypten über wenig Masseneinfluss verfügen. Der Sprecher der *Freedom and Justice Party*, Gamal Hishmet hatte im März 2014 in einem Artikel mit dem Titel „Zwei Schritte zurück“ erklärt, dass die Muslimbruderschaft bereit sei, zugunsten einer Erweiterung des Oppositionsbündnisses in ihren Forderungen zwei Schritte zurückzugehen, ohne zu präzisieren, was genau damit gemeint sei.¹⁰ Unter einem Teil der ‚alten Garde‘ der Muslimbruderschaft hatte dies die Furcht ausgelöst, dass Hishmet als Gegenleistung für eine engere Kooperation mit säkularen Basisbewegungen auf die Forderung nach Wiedereinsetzung des Präsidenten Mursis verzichten könnte, was sie ablehnen.

Die Führung der Muslimbruderschaft begrüßte die Brüsseler Initiative als Schritt, um alle Kräfte, die der Revolution vom 25. Januar verpflichtet sind, wieder zusammenzuführen. Aber sie betonte auch, dass die Wiederherstellung der Demokratie den Respekt vor den Entscheidungen des Volkes in den Wahlgängen 2011 (Parlamentswahlen) und 2012 (Senats- und Präsidentschaftswahlen) implizieren müsse. Dies bedeute, wie es in der Erklärung heißt, vor allem die Rückkehr Präsident Mursis in sein Amt. Außerdem wird explizit die Rolle der „*Koalition für die Unterstützung der Legitimität und gegen den Putsch*“ erwähnt, die in Kooperation mit allen Revolutionären die Rolle einer nationalen Avantgarde im Kampf für Freiheit spiele.¹¹ Damit soll der Diskussion, ob der Brüsseler „Revolutionsrat“ möglicherweise ein Ersatz für die Koalition sei, ein Riegel vorgeschoben werden. Ähnlich äußerte sich auch die *Freedom and Justice Party*. Ihr Sprecher räumte allerdings ein, dass es bei der Forderung nach Wiedereinsetzung Mursis nicht um dessen Person, sondern um die symbolische Bedeutung der Wiederherstellung der Verfassungslegitimität ginge. Die Wiedereinsetzung Mursis sei eine kurzfristige Übergangslösung, der dann die Bildung von neuen Übergangsinstitutionen auf der Basis eines Konsenses der gesamten Opposition folgen könne.¹²

Therwat Nafaa hat deutlich gemacht, dass sich die Unterzeichner der *Brüsseler Erklärung* nicht als Alternative zur NKULM verstehen, sondern dessen Führungsrolle im Inneren anerkennt. Die Gruppe hätte aber – so Nafaa – in Vorbereitung der Brüsseler Erklärung auch Führungsmitglieder der Anti-Coup-Allianz konsultiert und sei mit ihnen im Gespräch. Der ‚Revolutionsrat‘ verstände sich nicht als äußerer Arm der Anti-Coup-Allianz, sondern sei politisch breiter aufgestellt. Andererseits hätte der ‚Revolutionsrat‘ aufgrund der Tatsache, dass sich seine Initiatoren im Ausland befänden, leichteren Zugang zu internationalen Medien, könnte sich besser international vernetzen und Debatten zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern initiieren.¹³

Die zehn Punkte der *Brüsseler Erklärung* stellen laut Nafaa nur Eckwerte dar, die weiterentwickelt und ausdifferenziert werden können. Das Bündnis sei offen für neue Kräfte und neue Ideen. „Wir wollen langfristig eine Institution schaffen, die in der Lage ist, die Führung des Landes nach dem Fall des Putsches zu übernehmen. Wir wollen nicht den Fehler der Revolution vom 25. Januar wiederholen, die Revolution zwar zu gewinnen und auf den Plätzen fortzusetzen, ohne irgendeinen Plan zu haben und damit der Konterrevolution das Feld überlassen“, so Nafaa.¹⁴

4. Die Erklärung von Kairo vom 24. Mai 2014 als Ergänzung zur Brüsseler Erklärung

Zwar wurde die *Brüsseler Erklärung* vom 7. Mai 2014 unter den Koalitionspartnern der NKULM überwiegend positiv aufgenommen, es gab jedoch auch kritische Stimmen. Sowohl revolutionäre Jugendbündnisse außerhalb der NKULM, als auch einige der Koalitionspartner der NKULM kritisierten, dass die Erklärung im Exil verlesen wurde. Dies würde ihre Legitimität im Inneren untergraben.¹⁵ Die Initiatoren der Brüsseler Erklärung versicherten jedoch, ihre Initiative mit oppositionellen Persönlichkeiten innerhalb des Landes koordiniert zu haben.

Am 24. Mai 2014 wurde auf einer privaten Pressekonferenz die *Erklärung von Kairo* verlesen, die sich als Ergänzung zur *Brüsseler Erklärung* versteht. Eigentlich war geplant, beide Erklärungen am gleichen Tag der Öffentlichkeit vorzustellen. Dies war aufgrund logistischer Probleme und von Sicherheitserwägungen jedoch nicht möglich. Ihr Ziel sei es „die Kräfte der Revolution“ gegen die „Netzwerke der Diktatur und die korrupten Institutionen“ zusammenzuführen.¹⁶ Initiatoren der Erklärung sind drei parteiunabhängige Persönlichkeiten, die jedoch gute Beziehungen sowohl zur Muslimbruderschaft, als auch zu revolutionären Jugendorganisationen sowie zu nationalistischen Kreisen über die NKULM hinweg haben:

- Botschafter *Ibrahim Yussri*: Er war lange Zeit ägyptischer Botschafter in Algerien, bevor er im ägyptischen Außenministerium die Abteilung für internationale Verträge und Abkommen übernahm. In der ägyptischen Öffentlichkeit wurde er durch seine Klage gegen verbilligte Exporte ägyptischen Erdgases nach Israel bekannt.
- *Prof. Seifeddin Abdel Fattah*: Er war zeitweilig Berater Präsident Mursis, trat aber nach den Zusammenstößen zwischen Muslimbrüderanhängern und revolutionären Jugendbewegungen vor dem Präsidentschaftspalast im Dezember 2012 aus Protest gegen den „engen Horizont“ der Präsident Mursis zurück.^g
- Der Dichter *Abdel Rahman Yussif*: Er ist der Sohn des Predigers Yussif al-Qaradawi. Er steht dem liberal-islamistischen Lager, hier vor allem der *Partei des starken Ägyptens* [*hizb misr al-qawiya*] unter Führung des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Abdel Menem Abu al-Futuh, nahe.

Der *Erklärung von Kairo* waren Beratungen mit den wichtigsten Oppositionsgruppen sowie den Initiatoren der *Brüsseler Erklärung* vorausgegangen. Während die *Brüsseler Erklärung* eine programmatische Öffnung der Anti-Coup-Bewegung hin zur liberalen Mitte widerspiegelt, will die *Erklärung von Kairo* den organisatorischen Rahmen für einen Dialog aller pro-revolutionären Kräfte bieten ohne inhaltliche Vorgaben zu machen. Einzige inhaltliche Referenzen sind die Forderungen der Revolution des 25. Januar 2011. Im Einzelnen werden folgende Schritte vorgeschlagen:

- Die Bildung eines nationalen Koordinations-Sekretariats, in dem alle politischen, revolutionären Strömungen vertreten sein sollen.
- Die Gründung von zwei Ausschüssen. Der erste soll einen „Nationalen Ehren- und Ethikkodex“ erarbeiten, der die Basis des Verhältnisses der Revolutionären Kräfte untereinander legen soll. Der zweite soll auf der Basis der politischen Erklärungen der unterschiedlichen Kräfte den

^g Siehe: www.youtube.com/watch?v=eEHfBqNX1QA. In seiner Rücktrittserklärung macht er die gesamte Elite Ägyptens für die politischen Sackgasse des Landes verantwortlich. Zugleich verspricht er der jungen Generation alles für die Bildung einer neuen Elite als Rückgrat der revolutionären Jugendbewegung zu tun. Trotz seiner Kritik hat er ein solidarisch-kritisches Verhältnis zur Muslimbruderschaft behalten und sich nicht an der Bewegung zum Sturz Mursis beteiligt.

Entwurf eines gemeinsamen Positionspapiers als Grundlage für den inhaltlich-politischen Dialog zwischen allen Oppositionskräften legen.

Am 31. Mai erklärte Dr. Seif Abdel Fatah, dass sich ein nationales Koordinations-Sekretariat gebildet hätte, dem insgesamt 15 Personen angehören würden. Diese würden alle politischen Strömungen repräsentieren. Sie alle seien Vertreter der jungen Generation dieser Strömungen. Namen wollte er aus Sicherheitsgründen nicht nennen.¹⁷

4.1. Der Ehrenkodex der Kairoer Erklärung

Schon zwei Wochen später stellte das Gremium einen Ehrenkodex vor, der für alle Gruppen, Personen und Strömungen des neuen Bündnisses verbindlich sein sollte. Seit dem Sturz des Mubarak-Regimes hätten ausnahmslos alle Kräfte kleine und große Fehler gemacht, heißt es in der Präambel.¹⁸ Jeder hätte seine eigene Version der Geschichte, aber keine dieser Versionen würde die Ereignisse umfassend und richtig wiedergeben. Die Differenzen seien von den Sicherheitskräften ausgenutzt worden, um Zweitracht zwischen den revolutionären Kräften zu säen. Die Lehre, die daraus zu ziehen sei, laute: „Wer andere ausschließt, schließt sich selber aus, wer andere einschließt, gewinnt das ganze Land.“¹⁹

Der Ehrenkodex definiert einen Kanon von ethischen Prinzipien, die die Basis für ein neues Vertrauen zwischen all den Kräften, die einst gemeinsam den Tahrir-Platz besetzt hatten, darstellen:

- **Die Anerkennung von Pluralität:** Differenzen seien normal und sollten wert geschätzt werden. Die wichtigste Prüfung im Leben sei, zu lernen mit dieser Pluralität der Menschen umgehen. Die Unterzeichner der Kairoer Erklärung werden aufgefordert, alles zu tun, um zu verhindern, dass vorhandene Differenzen in gegenseitige Abneigung umschlagen. Dies würde nur den Gegnern der Revolution nutzen. Explizit heißt es: „Niemand hat das Recht auf ein Monopol. Niemand darf andere marginalisieren. Alle haben das Recht, sich zu beteiligen.“²⁰
- **Empowerment der Jugend:** Dies sei nur möglich über eine generationsübergreifende Kooperation und nicht im Konflikt zwischen den Generationen.
- **Die Anerkennung und Wertschätzung der Opfer:** Alle revolutionären Kräfte hätten Märtyrer und Opfer gegeben. Niemand hätte das Recht, anderen diese Opfer abzusprechen. Die Revolution sei nicht von einer Gruppe oder Strömung gemacht, sondern weil die Jugend Ägyptens von allen politischen Kräften unterstützt worden sei.
- **Ablehnung jeder Art der Ausgrenzung und Diskriminierung:** „Wir lehnen alle Formen des Rassismus, des Konfessionalismus, der Klassendiskrimination, der Rechtfertigung von Gewalt, des blinden Fanatismus, der Negation des ANDEREN, des *Takfir* [d.h. jemanden zum Ungläubigen erklären], des Hasses, des Vorwurfs von Verrat, des Zweifels an der Integrität des ANDEREN, der Beleidigung und Verleumdung, der Verteufelung, aber auch der Heiligsprechung von Individuen, Gruppen, Institutionen, Parteien oder Bewegungen ab,“ heißt es in dem Dokument.²¹
- **Ende von gegenseitigen Verleumdungen** in den Medien.

Ein Ausschuss soll die Einhaltung dieses Kodexes überwachen. Zusätzlich beabsichtige man eine Gruppe von Persönlichkeiten bilden, die bei schwerwiegenden Differenzen moderieren sollen. Man arbeite außerdem an einem Katalog von Maßnahmen, durch den diese Prinzipien operationalisierbar gemacht werden sollen.

5. Die Muslimbrüder und die Gewaltdebatte

Am 23. September 2013 wurden die Muslimbruderschaft und alle ihre Unter-Organisationen einschließlich der von ihr gegründete *Freedom and Justice Party [FJP]* durch ein ägyptisches Gericht verboten. Im 25. Dezember 2013 erklärte die ägyptische Regierung die Muslimbrüder zur ‚terroristischen Vereinigung‘. Im Frühjahr 2014 folgten Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate dem Schritt und setzten die Muslimbruderschaft ebenfalls auf ihre nationalen Terrorismuslisten. Die ägyptische Regierung wirft der Muslimbruderschaft vor, hinter einer Reihe von terroristischen Anschlägen auf dem Sinai zu stehen. Die Muslimbruderschaft hat diese Anschuldigungen zurückgewiesen und die Anschläge wiederholt verurteilt. Seit dem Militärputsch vom 3. Juli 2013 haben die Muslimbrüder, wie auch die NKULM, stets den friedlichen Charakter des Widerstandes betont und vor Gewalt als Methode des Widerstandes gewarnt.^h

5.1. Das Positionspapier von Mahmoud Hussein zur Gewaltdebatte

In einer eindringlichen Stellungnahme vom 8. April 2014 hat der der inzwischen in Katar lebende Generalsekretär der Muslimbruderschaft, Mahmud Hussein, ausführlich zur Gewaltfrage Stellung bezogen.ⁱ Die Muslimbruderschaft habe ihre Jugend gelehrt, dass menschliches Leben und Blut ein von Gott gesetztes Tabu seien. Gott habe den Menschen im Koran angewiesen, das Böse mit dem Guten zu bekämpfen, denn nur so würde er sich den Feind zum Freund machen, schreibt Hussein. Die Muslimbrüder hätten sich in ihrer Geschichte immer von diesem Prinzip leiten lassen. Sie hätten seit Jahrzehnten gegen Korruption und Despotie ausschließlich mit friedlichen Mitteln gekämpft und dabei Diffamierungen, Verhaftungen, Folter und Tod hingenommen. Auf dem Rabia- und Nahda-Platz seinen Tausende von Ägyptern ermordet worden – darunter viele Muslimbrüder – ohne dass jemand von ihnen gegen seine Mörder Waffen erhoben hätte. Seitdem seien tausende Muslimbrüder verhaftet worden, ohne dass sich einer von ihnen gewehrt hätte. Hussein ruft in Erinnerung, dass die Muslimbrüder auch in den 1990er Jahren, als andere islamistische Gruppen dem Mubarak-Regime den bewaffneten Kampf erklärt hätten, an dem friedlichen Weg festgehalten hätten. Dennoch bestreitet er nicht, dass sich unter der Verfolgung des Nasser-Regimes, einige Muslimbrüder dazu haben hinreißen lassen, Nasser als Ungläubigen zu stigmatisieren. Dies sei aber niemals die Politik der Führung der Organisation gewesen. Hussein weist darauf hin, dass der damalige Führer [*murshid*], Hasan al-Hudaibi, den Gedanken des *takfir* [d.h. jemanden zum Ungläubigen zu erklären] in seinem Buch ‚*Wir sind Mahner, keine Richter*‘ [*du’a wa - la quda*] zurückgewiesen hätte. Wer sich dieser Politik widersetze, sei aufgefordert worden, die Organisation zu verlassen. Das Dokument al-Hudaibis sei bis heute für die Muslimbrüder verpflichtend. Hussein betont, dass Gewalt nur mit rechtsstaatlichen Mitteln zu begegnen sei. Für die Muslimbrüder sei dies kein politisches Manöver, sondern eine Frage des Prinzips. Wer sich daran nicht halte, sei kein Muslimbruder – unabhängig davon, was er von sich selber behauptete.

Die Erklärung Husseins richtet sich sowohl an die eigene Basis, wie auch an die ägyptische

^h In den Erklärungen der NKULM wird seit dem Militärputsch immer wieder eindringlich auf die Notwendigkeit der Friedfertigkeit hingewiesen. Die Erklärungen sind nachzulesen auf der FB-Seite der NKULM: <https://www.facebook.com/AllianceSupportingLegitimacy>.

ⁱ <http://www.ikhwanonline.com/Article.aspx?ArtID=181858&SecID=212>. Die Erklärung wurde auf allen regionalen Websites der Muslimbrüder gestellt. Schon Ende Dezember 2013 hatte Hussein er in einer ähnlichen Erklärung die Basis aufgefordert, sich nicht vom friedlichen Widerstand abbringen zu lassen: <http://www.ikhwanonline.com/Article.aspx?ArtID=172753&SecID=391>. Letzter Abruf: 19.05.2015.

Öffentlichkeit. Die Muslimbruderschaft befürchtet, dass die Brachialgewalt, mit der das Regime gegen Putsch-Gegner vorgeht, gewaltsame Reaktionen an der Basis provozieren könnte. Gleichzeitig bestreitet er mit der Erklärung eine offizielle Verantwortung der Führung der Muslimbrüder für Gewaltakte oder Gewalt bejahende Äußerungen von Mitgliedern und Sympathisanten – vor allem unter der Jugend – und distanziert sich von möglichen “Agents Provocateurs“, die im Namen der MB Gewaltakte ausüben.

5.2. Radikalisierungen an der der Basis

Die Sorge Mahmud Husseins ist berechtigt. Der Führung der Muslimbruderschaft fällt es angesichts der Gewalt des Regimes und der hohen Opferzahlen zunehmend schwerer, ihre Jugend auf den gewaltlosen Widerstand zu verpflichten.^j Junge Muslimbrüder-Aktivist*innen erklärten gegenüber über Reuters, dass einige ihrer Freunde in Erwägung ziehen würden, zu Waffen zu greifen. Angesichts einer Justiz, die alle Offiziere von Polizei und Armee von Folter- und Tötungsdelikten freigesprochen habe, sollten ihre Märtyrer in Selbstjustiz gesühnt werden.²² Auf einer Facebook-Seite mit dem Namen „Groups Protecting the Peaceful Egyptian Revolution“²³ erschien kürzlich eine Anleitung zur Bildung bewaffneter Untergrundzellen. In dem Papier, welches dem Muslimbruder-Aktivist*in, Ahmed Mughir, zugeschrieben wird, heißt es, man sei nicht mehr bereit, einen billigen Tod zu sterben, ohne dass der Angreifer einen Preis dafür zahlt.²⁴ Allerdings sind Ahmed Mughir und andere junge Muslimbrüder, die zur Gewalt aufriefen, inzwischen aus der Organisation ausgeschlossen worden.

Die Muslimbrüder versuchen soweit möglich über im Untergrund gehaltene Seminare die Mitglieder von bewaffneten Widerstandsaktionen abzuhalten. Fraglich ist aber, wie stark die Führung ihre jugendliche Basis noch unter Kontrolle hat.^k Die Gefahr besteht, dass militante islamistische Gruppen - vor allem Rückkehrer aus Syrien – versuchen, frustrierte, junge Muslimbrüder zu rekrutieren. Auch ehemals militante Gruppen wie die Gama‘a al-Islamiya (Islamische Gruppe), die von ihr gegründete Hizb al-Bani wal-Tanmiyya (Partei des Aufbaus und der Entwicklung), oder die vom Jihad Islami gegründete Islamische Partei, die seit Ende der 1990er Jahre der Gewalt abgeschworen hatten und sich im Rahmen der NKULM zu friedlichen Widerstandsformen verpflichtet haben, räumen ein, dass sie die Kontrolle über ihre Jugend verloren hätten.²⁵

5.3. Gewaltlosigkeit als revolutionäre Strategie

Die Führung der Muslimbrüder befürchtet, dass das Regime alles daran setzen werde, die Opposition in die Gewaltspirale und so in einen asymmetrischen Kampf hineinzuziehen, aus dem sie als Verlierer hervorgehen würde. Diese Grundannahme findet sich auch in einem Strategiepapier von Rafiq Habib.²⁶ Das Regime versuche, die Auseinandersetzung zwischen der revolutionären Bewegung und den Putschisten auf die Ebene eines Kampfes gegen den Terrorismus zu verlegen. Dadurch wolle es, so Habib, die eigene Gewalt legitimieren und sich vor zukünftiger juristischer Verfolgung schützen. Indem die Putschisten das eigene Vorgehen als Teil des internationalen Anti-Terrorkampfes präsentierten, würden sie versuchen, die internationale

^j So sagt der Jugendsekretär der *Freedom and Justice Party* [FJP], Ali Khafaji, in einem Interview mit dem Fernsehsender *al-Jazeera*, dass die Partei ihr Äußerstes täte, um jugendlichen Mitglieder davon abzuhalten, zur Waffe zu greifen. Es würde jedoch immer schwieriger die Basis von Gewalt abzuhalten, da jeden Tag Leute sterben würden. Das Regime versuche sie in einen bewaffneten Kampf reinzuziehen: siehe: <http://www.youtube.com/watch?v=42xmjyabTn4>.

^k Die meisten der über 40.000 politischen Gefangenen sind Mitglieder und Kader der Muslimbruderschaft

öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen. Deswegen würden sie mit allen Mitteln versuchen, der revolutionären Bewegung die Logik der Gewalt aufzuzwingen. Das Regime spekuliere darauf, dass die revolutionären Kräfte auf die Repression der Sicherheitsorgane mit Gegengewalt reagieren würden. Die Putschisten würden nicht davor zurückschrecken, selber im Namen der Revolution Gewaltakte auszuüben, glaubt Habib.¹ Es sei ihr Ziel, die Gesellschaft zu spalten und die als ‚Terroristen‘ deklarierte Opposition aus dem gesellschaftlichen Konsens auszuschließen. Dies sei der Grund dafür, warum die Muslimbruderschaft offiziell zur ‚terroristischen Organisation‘ erklärt worden sei. Parallel zu der Repression würde das Regime durch Medienkampagnen ein Klima der Angst schaffen, in dem die Sicherheitsbedürfnisse der Leute Vorrang vor allen anderen politischen Forderungen gewinnen. Vor diesem Hintergrund könne die Revolution den Kordon der Gewalt des Regimes nur durch eine Strategie der Friedfertigkeit durchbrechen. In der Friedfertigkeit der Revolution läge auch die Voraussetzung für die Integration neuer gesellschaftliche Gruppen und die Verbreiterung ihrer sozialen Basis. Dies ist für Habib der effektivste Schutz der Revolution. Im Gegensatz hierzu, würde Gewalt die Revolution von der Gesellschaft isolieren und so weiteren Repressionsmaßnahmen des Regimes eine Rechtfertigungsgrundlage bieten.

Nach Aussage von Jugendkadern der Muslimbruderschaft unterstützt eine Mehrheit der Muslimbrüderjugend von ca. 90% nach wie vor eine friedliche Strategie des Widerstandes.²⁷ Allerdings verschiebt sich auch bei ihnen die Definitionen dessen, was sie unter ‚Gewalt‘ bzw. ‚friedliche Widerstandsformen‘ verstehen. Demnach würde laut Angaben eines Aktivisten der Muslimbrüderjugend, ein friedlicher Widerstand nicht dem Recht auf Selbstverteidigung widersprechen. Er sähe kein Problem darin, Panzerwagen der Polizei oder Polizeistationen in Brand zu setzen, wenn aus diesen auf Demonstranten geschossen würde, wohl wissend, dass die Führung der Bewegung dies anders sieht.²⁸ Im Zuge der zunehmend dezentralen Protestbewegungen haben sich in den letzten Monaten neue Netzwerke der Jugend gegen den Putsch gebildet^m, an der zwar junge Muslimbrüder beteiligt sind, die aber vornehmlich außerhalb der Strukturen traditioneller politischer Kräfte agieren und sich immer mehr verselbstständigen. Dadurch wächst die Gefahr einer zunehmenden Militarisierung der Protestbewegung.

¹ Es gab wiederholt Indizien dafür: Einige der ehemaligen Jihadisten wie der Mitbegründer des *Islamischen Jihad*, Nabil Naim, arbeiten offen mit dem Militärregime zusammen. Das Logo der Terrororganisation *Ansar Beit al-Maqdas* tauchte während der Wahlkampagne al-Sissis auf der Pressekonferenz der „Islamischen Front für Stabilität“ [*jabhat al-islamiya lil-istiqrar*], einem Zusammenschlusses von islamistischen Pro-Sissi-Gruppen unter der Führung der salafistischen Nur-Partei, auf. Es wurde später auf Fotos in der regierungsnahen Presse jedoch wieder wegretuschiert. In einem Gespräch mit den Autoren bestätigte die Korrespondentin der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu, dass sie während des Sit-Ins auf dem Rabi`a al-`Adawiya-Platz beobachtet hätte, wie eine Frau versucht hätte Waffen in die Rabi`a al-`Adawiya-Moschee zu schmuggeln. Die Frau wurde von Ordnern festgenommen, auf ihrem Handy hätten sich Telefonnummern der Sicherheitsdienste gefunden. Gespräch mit Heba Zakariya, Istanbul 24.6.2014. Wirklich aufklären lassen wird sich die Rolle der Sicherheitsdienste erst, wenn ein Prozess der Übergangsjustiz eingeleitet wurde, der auch die Aufarbeitung der Rolle der Sicherheitsdienste einschließt.

^m Dazu gehören neben Kampagne wie „Studenten gegen den Putsch“, „Frauen gegen den Putsch“ oder das Netzwerk der Familien der politischen Gefangenen Bewegungen wie auch neue militantere Gruppen wie „Wir machen Euch Angst“ [ha naru`bkum], „Die Friedliche Abschreckung“ [al-rad` al-silmi], verschiedene Ultras-Gruppen oder die militante „Molotovbewegung gegen den Putsch“, die von sich selber sagt, dass sie keiner bestimmten politischen Strömung angehöre und die sich für Anschläge auf Polizeistationen verantwortlich zeigt: <https://www.facebook.com/MollotoavAntiCoup>.

6. Klarstellungen der Muslimbrüder zu ihrem Staatsverständnis

In einer zweiten Erklärung hat sich die Muslimbruderschaft noch einmal explizit zu Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates bekannt. Als Antwort auf Anschuldigungen durch ägyptische Medien, sie würden mit dem Boykott der Präsidentschaftswahlen die Zerstörung des ägyptischen Staates und die Errichtung einer Theokratie anstreben, veröffentlichte die Bewegung am 9. Mai 2014 ein offizielles Dokument mit dem Titel ‚Die Muslimbrüder und die staatlichen Institutionen‘, in dem sie sich zu Grundzügen ihrer Staatsvorstellungen äußern.²⁹ Das Dokument bekennt sich einerseits zu rechtsstaatlichen Prinzipien, erteilt andererseits Kompromissen mit dem Militärregime eine implizite Absage.

Im Mittelpunkt des Papiers steht der Begriff der Volkssouveränität als Schlüsselkonzept eines demokratischen Rechtsstaates. Der Staat bestehe aus verschiedenen Institutionen: der Legislative, der Judikative und der Exekutive. Letztere setze sich wiederum aus Institutionen wie dem Präsidentialamt, der Regierung, der Armee und der Polizei zusammen. Damit wird das Prinzip der Gewaltenteilung explizit anerkannt. Die genannten Institutionen seien nicht unabhängig, sondern unterständen alle der Souveränität des Volkes. Sie würden durch den Willen des Volkes konstituiert und seien Eigentum des Volkes. Es sei das Recht des Volkes zu bestimmen, wer Staatsfunktionen einnehme, wie die Institutionen gewählt würden und auf welcher Basis sie arbeiten würden. Das Volk sei der Souverän und die Quelle der Macht. Die Abgeordneten der Legislative seien Vertreter des Volkes und die Justiz urteile in seinem Namen. Die Regierung habe ein Programm zu exekutieren, das dem Willen des Volkes entspreche; die Funktion der Armee sei das Volk zu verteidigen; die Polizei sei für die innere Sicherheit des Volkes verantwortlich. Alle diese Institutionen ständen im Dienste des Volkes. Um das Verhältnis der Institutionen untereinander und zu diesem Volk zu regeln, hätte das Volk sich selber eine Verfassung gegeben, die Ausdruck seiner Identität, seiner Kultur, seiner Visionen sei, die die Rechte des Volkes verbürge und die Form der Herrschaft definiere. Die Muslimbrüder würden eine Verfassung anstreben, die demokratische Prinzipien, bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte garantiere und die Grundlage für einen zivilen, demokratischen und politisch pluralistischen Staat lege, der auf freien Wahlen, dem Prinzip des demokratischen Machtwechsels, dem Respekt vor Mehrheitsentscheidungen und der Souveränität des Rechts basiere. Diese Prinzipien seien mit dem Geist und Text des Islams kongruent. Deswegen sei der Respekt vor den genannten Prinzipien für jeden Muslimen zugleich eine religiöse Pflicht.

Es sei ein Faktum, dass die ägyptische Armee seit mehr als 60 Jahren das Prinzip der Volkssouveränität missachte. Mit dem Putsch von 1952 hätte sich diese Armee selbst zum Herrn über das Volk erkoren. Sie hätte seit diesem Zeitpunkt ausnahmslos alle Wahlen und Referenden manipuliert, sich über die anderen Institutionen des Staates gestellt, sie habe das Recht beurlaubt, sich die Justiz unterworfen, kritische Richter entlassen und den Staatshaushalt kontrolliert. Sie habe systematisch die Freiheiten der Menschen beschnitten und Gegner ins Gefängnis geworfen, gefoltert und Menschen ohne jede Rechtsgrundlage ermordet.

Nach der Revolution vom 25. Januar 2011 hätten die Menschen Hoffnung geschöpft, die Herrschaft des Militärs zu überwinden. Jedoch hätte sich die Zivilmacht gerade ein Jahr halten können. Ihr seien alle Arten von Hindernissen in den Weg gelegt worden. Probleme seien künstlich konstruiert worden und Medienkampagnen hätten ein Klima für eine erneute Machtübernahme des Militärs vorbereitet. Die Situation in Ägypten sei noch dramatischer als nach dem Putsch von 1952.

Oberstes Ziel der Muslimbrüder sei es, die Volkssouveränität im obigen Sinne wieder herzustellen.

Eine in der Erklärung genannte Voraussetzung dafür sei, dass das Militär in die Kasernen zurückkehre und seine Macht über die Polizei, die Justiz, die Wirtschaft und eine zivile Regierung abgäbe.

7. Fazit

Die Muslimbruderschaft versuchte im ersten Jahr nach dem Militärputsch trotz der massiven Repressionskampagne an einer legalistischen Widerstandsstrategie festzuhalten. Diese basiert auf zwei Säulen, die sich gegenseitig bedingen: **Erstens** der Betonung rechtstaatlicher Prinzipien einschließlich der Forderung der Kontrolle des Militärs durch eine Zivilmacht und dem Festhalten an dem Konzept der Legitimität und **zweitens** der strikten Ablehnung von Gewalt als Mittel des Widerstandes. Sie muss befürchten, dass die Opposition durch den Einsatz Gewalt nicht nur noch mehr Repression durch das Militärregime provozieren, sondern sich würde selbst delegitimieren würde.

Hieraus leiten die Muslimbrüder weitere strategische Schritte ab:

1. Die **Delegitimierung des Sisi-Regimes** durch Nichtanerkennung der Road-Map sowie die Ablehnung jeder Form des Dialogs mit dem neuen Regime unter Verweis auf dessen mangelnde Legitimität.
2. Die **Erweiterung vorhandener Bündnisse** wie die NKLUM oder die Brüsseler Erklärung um nicht-islamistische Kräfte.
3. **Strategie des nationalen Ungehorsams** als Form einer friedlichen Verweigerungs- und Delegitimationsstrategie.
4. Die **internationale Delegitimierung des Sisi-Regimes**. In diesem Zusammenhang kritisieren sie die Entsendung von Wahlbeobachtern durch die EU.

Jedoch befindet sich die Muslimbruderschaft in einem doppelten strategischen Dilemma, das einer Eskalation dieser Widerstandsstrategie im Wege steht:

Das Bündnispolitische Dilemma: Den Muslimbrüder gelang zwar, einige liberale Persönlichkeiten über die *Brüsseler Erklärung* in die Anti-Coup-Bewegung zu integrieren, diese repräsentieren jedoch keine Parteien oder Bewegung und verfügen über wenig Grass-Root-Verankerung innerhalb Ägyptens. Die Muslimbrüder sind zwar trotz der Repressionswelle immer noch die stärkste Oppositionskraft, aber genau diese Stärke wird ihnen zum Verhängnis. Kleinere liberale und säkulare Gruppen befürchten, von der Muslimbruderschaft dominiert und instrumentalisiert zu werden. Es war das überhebliche Auftreten vieler Muslimbrüder, die unter Hinweis auf formale Wahlmehrheiten säkulare revolutionäre Jugendgruppen brüskiert haben. Dies war der Hauptgrund dafür, dass sich die meisten revolutionären Jugendbewegungen von Mursi schon wenige Monate nach dessen Wahl abwendeten. Diese Jugendbewegungen tun sich schwer damit, Koalitionen zu unterstützen, die die Wiederherstellung von Mursis Präsidentschaft fordern.

Das Dilemma der friedlichen Widerstandsstrategie: Es wurde zunehmend schwieriger, die Anti-Coup-Bewegung auf eine gemeinsame Strategie zu verpflichten. Sowohl die gesellschaftlichen Polarisierungen und wie die staatliche Repression führen dazu, dass der Konsens auch innerhalb der NKULM brüchig wird. Während einige Koalitionspartner der Muslimbrüder Bereitschaft zu einem Konsens mit dem neuen Regime signalisieren, um die nationale Spaltung zu überwinden, wenden sich andere – nicht nur Islamisten, sondern auch nicht-islamistische Netzwerke – einer militanten Widerstandsstrategie zu.

Diese Dilemmata lassen sich kurzfristig nicht auflösen. Die Führung der Muslimbruderschaft setzt auf einen langen Atem. Die jetzige Verfolgungswelle ist nicht die erste „Heimsuchung“ [*mihna*], der sie ausgesetzt war und die sie als Bewegung überlebt hat.ⁿ Die Führung weiß, dass die Koalition, die General Sisi zur Macht verhalf äußerst widersprüchliche Interessen hat und nur durch die gemeinsame Gegnerschaft zur Präsidentschaft Mursis zusammengehalten wurde. Die Faktoren, die zum Sturz des Mubarak-Regimes führten, sind nach wie vor virulent. Aus diesem Grund versuchen die Muslimbrüder trotz Rückschlägen Widerstandsaktionen aufrechtzuerhalten, um in der Lage zu sein, neue soziale Gruppen und Bevölkerungssegmente in die Bewegung gegen das Militärregime zu integrieren. Sie weiß, dass dies nur möglich ist, wenn sie an dem friedlichen Weg festhält. Bewaffneter Widerstand würde im Gegenteil diese Front einengen und ihre Kader von ihnen wohl gesonnenen Milieus entfremden. Andererseits lehnt sie eine Integration in das von den Militärs dominierte System ab. Die Muslimbrüder hatten nach dem Sturz Mubaraks die kurzfristige Illusion in Kooperation mit dem SCAF das politische System Ägyptens graduell zu reformieren. Sie haben dabei nicht nur potentielle Bündnispartner unter revolutionären Jugendbewegungen verloren, sondern sind gescheitert, da der SCAF die Übergangsphase dazu nutzte das politische und wirtschaftliche Monopol des Militärs wieder herzustellen.

ⁿ Die Verfolgung unter dem Nasser-Regime ist als die große ‚*mihna*‘ in das historische Narrativ der Bewegung eingegangen.

Exkurs: Die theoretische Basis der Widerstandsstrategie – die Formierung eines revolutionären „Historischen Blockes“

Der Militärputsch vom 3. Juli 2013 hat deutlich gemacht, dass die Reformstrategie der Muslimbrüder, die unter Mursi noch auf die schrittweise Reformierung und Demokratisierung autoritärer Staatstrukturen und -institutionen^o gesetzt hatte, gescheitert ist. Dies hat zu einer Neubewertung der historischen Dimension und der Strategie im Umfeld der Muslimbrüder geführt, die vor allem in den Strategiepapieren des mit der Muslimbruderschaft eng verbundenen Rafiq Habib^p zum Ausdruck kommen, die regelmäßig auf den Webseiten der Muslimbruderschaft und der FJP dokumentiert werden.

In einem aktuellen Strategiepapier mit dem Titel „Zwei Völker und die Revolution – die Wiederherstellung der hegemonialen Mehrheit“ vom Mai 2014 vertritt Habib die These, dass sich durch den Putsch vom 3. Juli 2011 die strukturellen, gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen und Mechanismen der Konfliktbewältigung grundsätzlich geändert haben.³⁰

Vor dem Militärputsch hätten sich verschiedene politische Blöcke gegenüber gestanden, deren Differenzen man über politische Mechanismen im Kontext der Demokratisierung des Landes hätte austragen können. Mit dem Putsch sei nicht nur dieser demokratische Mechanismus des politischen Ausgleichs außer Kraft gesetzt worden. Die Putschisten hätten in ihrem Versuch, sich eine soziale Basis zu schaffen die politischen und ideologischen Differenzen in der ägyptischen Gesellschaft ausgenutzt, um das Volk in zwei Teile zu spalten, die nichts mehr verbindet und deren Ziele und Visionen nicht mehr miteinander vereinbar seien. Dabei hätten die Putschisten einen Prozess der gesellschaftlichen Auslese vorgenommen, in dem sie alle diejenigen, die nicht hinter dem Putsch standen, aus dem gesellschaftlichen Konsens ausgliederten. In diesem Trennungs- oder Ausleseprozesses [arab.: *farz*], der nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche, kulturelle und zivilisatorische Dimensionen hätte, seinen laut Rafiq Habib zwei historische soziale Blöcke, zwei Gesellschaften, zwei Völker mit unterschiedlichen Kulturen, unterschiedlichen Narrativen der Revolution^q und unterschiedlichen Zielen entstanden, die nichts mehr miteinander verbinde: Auf der einen Seite der Block der Unterdrückung und der Konterrevolution und auf der anderen Seite ein Block, der die Wiederherstellung der Freiheit auf der Basis der Werte der Revolution von 2011 anstrebt. Die Stimmen des dritten Blocks, der versucht habe, zwischen den beiden Blöcken zu vermitteln, seien inzwischen verstummt.

Aber mit diesem Prozess des sozialen Ausschlusses eines wichtigen Teils der Gesellschaft – allen voran der Muslimbruderschaft – mit der das Militär sich eine soziale Basis hätte schaffen wollen, hätte es zugleich das Instrument des eigenen Falls geschaffen.³¹ Jeder Prozess einer sozialen Auslese schaffe zugleich einen Prozess der Gegenauslese. Mit den Muslimbrüdern seien auch all diejenigen ausgeschlossen worden, die mit ihnen in Verbindung standen. All diese sozialen

^o Während die Muslimbruderschaft nach dem Sturz Mubaraks einen reformistischen Weg über Wahlen und Schaffung einer demokratischen Legitimität gingen, plädierten die säkularen Jugendorganisation unter Berufung auf ihre revolutionäre Legitimität für eine Fortsetzung der Revolution auf der Straße bis alle Forderungen der Revolution erfüllt seien.

^p Der Soziologe und koptische Protestant Rafiq Habib war vor der Revolution von 2011 Berater der Muslimbrüderführung für christliche Belange. Nach der Gründung der FJP war er zeitweise stellvertretender Parteivorsitzender und einer der Berater Mursis. Er hat sich Ende 2012 aus allen politischen Funktionen zurückgezogen, um sich der prozessbegleitenden, intellektuellen Aufarbeitung des Transformationsprozesses zu widmen. Auch ohne offizielle Position gilt er als wichtiger Intellektueller und Stratege der Bewegung

^q Gemeint ist die Debatte, ob die Demonstrationen vom 20. Juni 2014 als Fortsetzung der Revolution oder als Akt der Konterrevolution zu bewerten sind.

Gruppen befänden sich in einem Prozess der gesellschaftlichen Neuformierung, deren zentripetale Kraft die Muslimbruderschaft geworden sei.

Dadurch sei auch die Revolution in eine neue Phase getreten. Der Revolution des 25. Januar 2011, die das Mubarak-Regime zu Fall gebracht habe, habe es an einer klar definierten sozialen Basis, an einem Programm und einer gemeinsamen Kultur gefehlt.

Erst der Prozess der gewaltsamen Ausgrenzung durch das Militär hat die Herausbildung eines Blocks der „hegemonialen Mehrheit“ [*suwad al-`adhm*] befördert, in der Habib die Voraussetzung der Formierung eines revolutionären Subjekts sieht. Dieser Block müsse weder politisch, noch sozial homogen sein, sondern könne verschiedene Schichten, Berufsgruppen und Bildungsschichten, islamische und nicht-islamische Kräfte umfassen. Der gemeinsame Nenner, sei der Bezug zum gemeinsamen zivilisatorischen, islamischen Erbe und die Forderung nach Freiheit und einer nationalen Renaissance [*nahda*].

In dem Konflikt, der sich infolge des Putsches entfaltet habe, sieht Habib in historischer Dimension den Kampf zwischen dem sich neu formierenden Block der „hegemonialen Mehrheit“ und einem sich historisch überlebten Block, der einer Ägypten fremden [arab.: *dakhil*] Kultur verpflichtet sei und einer Kultur des Rückschritts und der Unterdrückung nachkomme. Habib räumt ein, dass es auch in diesem zweiten Block Kräfte geben würde, die sich oberflächlich in die Tradition des islamischen Erbes stellten, die aber zugleich den Despotismus rechtfertigten. Diese seien nicht Teil des hegemonialen Blocks, im Gegenteil hätten sie sich an der Zerstörung des historischen Erbes beteiligt und damit zum zivilisatorischen Rückschritt Ägyptens beigetragen.

Vor diesem Hintergrund sei es die historische Aufgabe der revolutionären Kräfte, sämtliche sozialen Gruppen des „hegemonialen Blockes“ entweder für die revolutionäre Bewegung zu aktivieren oder wenigstens als Unterstützer zu gewinnen. Je mehr es gelänge, unterschiedliche ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Gruppen einzubeziehen, umso stärker wachse die soziale Basis der Revolution. Während Habib an die historische Rolle der Anti-Putsch-Bewegung glaubt, prognostiziert er das Abbröckeln der sozialen Basis der Putschisten, die weder durch ein gemeinsames zivilisatorisches Programm zusammengehalten werde, noch über ein Programm verfüge, das die widersprüchlichen sozialen Interessen ihre Unterstützer integriert.

- ¹ Vgl. Zur Nationalen Koalition zur Unterstützung der Legitimität und gegen den Militärputsch, das Policy-Paper zur Muslimbruderschaft: Lübben, Dihstelhoff, Reichinneck: Die ägyptische Muslimbruderschaft zu den Präsidentschaftswahlen am 26. Und 27 Mai 2014: Positionen und Strategien, Marburg, 19.5.2014. unveröffentlichtes Papier.
- ² Vgl. http://fj-p.com/Party_SpecialFiles_Details.aspx?News_ID=36214: Am höchsten sei danach die Wahlbeteiligung mit 12,91% in Kairo, am niedrigsten mit 7,95% in Marsa Matruh. Selbst das ägyptische Fernsehen zeigte leere Wahllokale, die die offizielle Version von zwischen 46 und 48% unglaublich erscheinen lassen. Vgl.: <https://www.youtube.com/watch?v=QdlsRUFZ4E4#t=155>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ³ Vgl. http://fj-p.com/Search_Details.aspx?News_ID=36074. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ⁴ Vgl. Erklärung der Muslimbruderschaft vom 29.5.2014. <http://www.ikhwanonline.com/Article.aspx?ArtID=187516&SecID=212>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ⁵ Bayan 1: al-mauja al-thauriya al-thalatha li-`am 2014 [Erklärung Nr. 1 der dritten revolutionären Welle] vom 1. Mai 2014.
- ⁶ Vgl. <http://almesryoon.com/%D8%A7%D9%84%D8%B3%D9%8A%D8%A7%D8%B3%D9%8A%D8%A9/503387-%D8%B9%D8%A8%D9%88%D8%AF-%D8%A7%D9%84%D8%B2%D9%85%D8%B1-%D9%84%D8%A7-%D9%88%D9%84%D8%A7%D9%8A%D8%A9-%D9%84%D9%80-%D9%85%D8%B1%D8%B3%D9%8A-%D9%88%D8%A7%D9%84%D8%AF%D9%8A%D8%A9-%D9%87%D9%8A-%D8%A7%D9%84%D8%AD%D9%84>. Abud al-Zumur war einer der Drahtzieher des Mordes an Ex-Präsident Sadat. Er wurde erst vom SCAF 2011 aus dem Gefängnis entlassen. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ⁷ Vgl. <http://tahrirnews.com/%D8%A3%D8%AE%D8%A8%D8%A7%D8%B1-%D9%85%D8%B5%D8%B1/%D8%B9%D8%B6%D9%88-%D8%B3%D8%A7%D8%A8%D9%82-%D8%A8%D8%AA%D8%AD%D8%A7%D9%84%D9%81-%D8%AF%D8%B9%D9%85-%D8%A7%D9%84%D8%B4%D8%B1%D8%B9%D9%8A%D8%A9-%D9%84%D9%85%D9%8A%D8%AA%D8%A8%D9%82%D9%81%D9%89/> Letzter Zugriff: 19.05.2014
- ⁸ Vergleiche zu der Debatte um eine revolutionäre Strategie die FB-Seite von Mahmud Fathi: <https://www.facebook.com/Mahmood.M.Fathy>. Letzter Zugriff: 19.5.2014
- ⁹ Vgl. mugtama.com/hot-reports/2014-02-01-12-28-05/item/2976. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹⁰ Vgl. <http://islamion.com/news/14570/>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹¹ Vgl. <http://ikhwanonline.com/Article.aspx?ArtID=185431&SecID=212>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹² Vgl. <http://www.ikhwanonline.com/new/president3/Article.aspx?ArtID=184949&SecID=250> Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹³ Vgl. das Jazeera-Interview mit Tharwat Nasser vom 7. Mai in der Sendung *bila huddud* [Ohne Grenzen]: <http://www.youtube.com/watch?v=0rATm4-CoPg>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹⁴ Vgl. Ebenda.
- ¹⁵ Vgl. z.B. die jama`a al-islamiyya: <http://benaaparty.com/ViewArticle.aspx?ID=9509&CategoryID=4>.
- ¹⁶ Vgl. den Wortlaut auf der FB-Seite der Kairoer Erklärung: <https://www.facebook.com/cairodeclaration2014>. (Eintrag vom 25.5.2014). Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹⁷ Vgl. Al-Mesryoon, 31.5.2014: <http://almesryoon.com/>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹⁸ Vgl. Facebook-Seite der Kairoer Erklärung: <https://www.facebook.com/cairodeclaration2014>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ¹⁹ Vgl. Ebenda.
- ²⁰ Vgl. Ebenda.
- ²¹ Vgl. Ebenda.
- ²² Vgl. <http://news.yahoo.com/egyptian-brotherhood-split-using-force-sisi-poised-rule-120109667.html>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ²³ Vgl. <https://www.facebook.com/PPERG>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ²⁴ Eine englische Zusammenfassung der Broschüre findet sich unter: <http://www.arabwestreport.info/year-2014/week-17/54-organization-resistance-work>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ²⁵ Vgl. <http://www.almasryalyoum.com/news/details/370225>. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ²⁶ Vgl. Rafiq Habib: al-silmiya wal-rasas – mu`adalat al-quwa wal-nasr [Friedfertigkeit und Gewehrkegel – Kräftegleichgewicht und Sieg], Kairo 2014. Die Studie ist bei scribd herunterzuladen: <http://de.scribd.com/doc/207358305>. Der protestantische Christ Rafiq Habib, der zeitweise stellvertretender Vorsitzender der FJP war, gilt als einer der strategischen Vordenker der Muslimbrüder. Letzter Zugriff: 19.05.2014.
- ²⁷ Interview mit Jugendkadern der Muslimbruderschaft vom 24.5.2014 in Istanbul.

²⁸ Vgl. Ebenda. Vgl. auch auf den Beitrag auf Egyptwindow, der über sog. Abschreckungseinheiten berichtet. http://www.egyptwindow.net/news_Details.aspx?News_ID=41118. Letzter Zugriff: 19.05.2014.

²⁹ Vgl. Bayan min al-ikhwan al-muslimin: al-ikhwan wa mu'assasat al-dawla [Erklärung der Muslimbrüder – die Muslimbrüder und die Institutionen des Staates]. <http://www.ikhwanonline.com/Article.aspx?ArtID=185127&SecID=101>. Letzter Zugriff: 9.05.2014. Die Muslimbruderschaft hat sich sowohl in allen programmatischen Äußerungen, in dem Parteiprogramm der Freedom and Justice Party und dem Programm Muhammed Mursis sowie in den Dokumenten zur Verfassungsdiskussion immer wieder zu rechtsstaatlichen Prinzipien bekannt. Vgl. dazu auch: Lübben, Ivesa: Zur Rolle und Strategie der Muslimbrüder in der ägyptischen Revolution. In: Albrecht, Holger und Demmelhuber, Thomas: Revolution und Regimewechsel in Ägypten. Baden-Baden (Nomos) 2013.

³⁰ Vgl. Rafiq Habib: sha`ban wa thaura – isti`ada al-sauwad al-`adhm [Zwei Völker und eine Revolution – Über die Wiedergeinnung der hegemonialen Mehrheit], Kairo, Mai 2014.

³¹ Vgl. auch Rafiq Habib: al-ikhwan wal-thaura – hal masir wahid? [Die Muslimbrüder und die Revolution – ein gemeinsames Schicksal], Kairo, April 2014.

Autorin

Ivesa Lübben ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachgebiet Politik des CNMS. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören „Moderate islamistische Parteien und Bewegungen in Ägypten und den Mashreq-Ländern“.

Kontakt: ivesa.luebben@uni-marburg.de



Hintergrund

Die Schriftenreihe "MENA direkt" ist angesiedelt am Fachgebiet Politik des Centrums für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rachid Ouaisa. Sie beschäftigt sich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsdynamiken und aktuellen Entwicklungen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die Schriftenreihe versteht sich als prozessbegleitende Dokumentation der Umbruchprozesse in der Region. Die zugehörige Themenreihe „Islamismus in Bewegung“ ist im Rahmen von Transformationspartnerschaftsprojekten des Fachgebiets mit dem Auswärtigen Amt entstanden.

**Alle Rechte vorbehalten. Die hier geäußerten Meinungen spiegeln die der Autoren wider.
Kommentare können gerne direkt an die Autoren gerichtet werden.**